

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ängstlich von der belangvollen Schöpfer-Frage. Der «Phänomenologe» ist kurzerhand reines schauendes Bewußtsein. Das Geschaute ist denn auch danach: nämlich nichts als die wiederholende Beschauung alter Vorstellungen. Es ist ein keckes Unterfangen, das Schöne aus der Ästhetik hinauszupraktizieren. Man nimmt diese Ästhetik zur Kenntnis und — versteht.

Vielleicht müßte man das «Machen» und höhere «Schaffen» nun dennoch als ein *Empfangen* verstehen lernen, wo mit der Übernahme höherer Verantwortlichkeiten das «Reale» der Welt selbst der Gebende ist. Man ist an einer Grenze angekommen, wo es darum geht, ob unsere alten Vorstellungen über den geistigen Haushalt der Welt einer Revision und Bereicherung fähig sind. An dieser Grenze wollen wir dem Ethiker der «Gegenwart» Dank wissen, daß er am Abend eines versinkenden Tages das Amt eines wachen Hüters übernahm, uns von leichtem Hochmut zurückhaltend und uns auf den Ernst der neuen Erkenntnisfragen verpflichtend.

Eberhard Grisebach, der Ordinarius der Philosophiefakultät der Universität Zürich, verstarb unerwartet am 17. Juli 1945 in Zürich. Die «Weltwoche» schrieb dazu unter dem Titel «Weltwende»: «Der 17. Juli 1945 wird als denkwürdiges Datum der Menschheitsgeschichte in Erinnerung bleiben. An diesem Datum wurde in den Wüsten New Mexikos die erste Atombombe zur Explosion gebracht. Sie war an einem Stahlurm aufgehängt. Als sie explodierte, entflammte ein mächtiger weißer Blitz, der das Sonnenlicht überstrahlte. Der Turm wurde in Gas zerstäubt, noch in 300 km Entfernung wurden durch den Luftdruck Häuser beschädigt und Fenster eingedrückt. Die Probe aufs Exempel wurde am 6. August 1945 gemacht und gleichzeitig das Geheimnis gelüftet. An diesem Tage wurden Atombomben auf die unglückliche japanische Stadt Hiroshima abgeworfen. Nach Ansicht von Fachleuten muß die Stadt mit ihren 300 000 Einwohnern vom Erdboden verschwunden sein...».

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Am 21. Juni jährte sich zum fünften Male der Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Vor dem Forum des Nürnberger Gerichts ist über die Zusammenhänge, die zu diesem Ereignis führten, bereits einläßlich berichtet worden, und man kann sagen, daß diese Berichte gleichsam am laufenden Band fortgesetzt werden. Man hat ursprünglich den *Nürnberger Prozeß* fast überall mit scheelen Augen angesehen, nachdem einmal die erste Sensation vorbei war. Sicher wies das Ver-

fahren am Anfang recht erhebliche Mängel auf, die vielleicht weniger den etwas labilen Verfahrensbestimmungen an sich als der mangelnden Eingewöhnung der Teilnehmer zuzuschreiben waren. Nun hat sich aber der anfängliche Eindruck des Prozesses doch weitgehend gewandelt. Überblickt man seinen Lauf im gesamten Bild bis zum heutigen Tage, so erscheint schließlich ein stark positives Element immer unverkennbarer. Dieses Element aber liegt darin, daß hier allen, wenn sie nur sehen und hören wollen, *die verderblichen Umstände der Diktatur* so eindringlich wie nur möglich Tag um Tag demonstriert werden, und zwar mit einer Plastik, vor der man annehmen und wünschen sollte, daß sie zu Händen der Weltöffentlichkeit dieses abschreckende Bild auf Generationen gestalten könnte. In der Hauptsache gilt dies in Bezug auf das direkte und unmittelbare Element, nämlich hinsichtlich der offenkundigen Verderblichkeit eines Systems, das auf eine einzige Person gestellt ist, und das jeder öffentlichen Kontrolle entbehrt. So hat der Verlauf des Prozesses bereits vor aller Welt die katastrophalen Auswirkungen dieses fatalen Systems offenbar gemacht. Aber darüber hinaus lassen sich noch andere Erkenntnisse gewinnen. Unter ihnen sind nun freilich jene Feststellungen und Eindrücke sicher besonders bedeutsam, die auf die Haltung der obersten Beamten und Offiziere dieser Diktatur Bezug haben. Zwar liegt hier das belastende Element weniger darin, daß die meisten dieser Angeklagten ihre Schuld bestreiten, oder sie auf den vom Schicksal zuerst Geschlagenen, auf einen Verstorbenen, abzuwälzen suchen. Diese Haltung läßt sich zu einem großen Teil damit wohl erklären, daß sie sich vor diesem Gericht, das sich ja ausschließlich aus Vertretern der siegreichen Feindkoalition zusammensetzt, gar nicht verantwortlich fühlen. Deshalb wollen sie auch keinen Anlaß erkennen, warum sie vor einem solchen Forum zu ihrer Sache stehen sollten. Verständlich wird so der Versuch, sich einfach aus der Schlinge zu ziehen. Allein zum letzten schwerwiegend, ja erschütternd ist vielmehr der schlüssige Nachweis des lakaienhaften Verhaltens, das diese Offiziere und Minister einer Diktatur gegenüber auch dann an den Tag legten, als sie bereits ohne jeden Vorbehalt, nach eigenem Eingeständnis, erkannt hatten, daß der Weg des Führers nur in dem absoluten Verderben enden würde. Und so ist denn der Eindruck, den diese «führenden Persönlichkeiten» hinterlassen, von wirklich restloser Eindeutigkeit.

Vor allem aber steigt aus diesem Prozeß immer wieder ein Bild der Diktatur hervor, das in die Zeiten wirken müßte, wäre nicht die Vergeßlichkeit der Menschen zu beachten. Allein wenigstens für die nächste Zukunft sollte diese Menschheit doch gewarnt sein. Gewarnt vor allem in dieser Hinsicht, daß die Völker sich jedesmal dann rechtzeitig und mit Entschlossenheit zur Wehr setzen, wenn wieder irgendwo der «Ruf nach dem starken Mann», als billiges Mittel zum Ausweg aus den Schwierigkeiten der Tagespolitik, ertönt. «Der gefährliche Ruf», wie es unlängst eine Zeitung nannte, sollte nach der seltenen Eindringlichkeit der Belehrung wenigstens für die Zeit nun nicht mehr aufklingen können, da die Generation lebt, die dieses bestimmende Schauspiel unserer Geschichte mit vollem Bewußtsein in sich aufnehmen konnte.

In einem Artikel, den er den «New York Times» jüngst zur Verfügung stellte, hat sich *der amerikanische Ankläger, Richter Jackson*, ziemlich eingehend zum Nürnberger Prozeß geäußert. Und offenbar hat der hohe Richter einen nicht unbefriedigenden Eindruck des Gesamtverfahrens, wenn er schreibt:

«Der Nürnberger Prozeß hat selbstverständlich umfangreiche Arbeit, Unbequemlichkeiten und Ausgaben verursacht. Wir haben uns die Ausreden dieser

Männer anhören müssen, und haben damit auch der Welt Gelegenheit gegeben, sie anzuhören. Aber ich glaube, daß es das einzig mögliche und anständige Vorgehen war, und daß es uns auch einen gewissen Nutzen gebracht hat. Wenn wir die zweiundzwanzig Angeklagten einfach gegen die Wand gestellt hätten, so wäre vielleicht einmal der Zeitpunkt gekommen, an dem in den Vereinigten Staaten der Vorwurf gemacht worden wäre, daß wir keinen Prozeß abgehalten hätten, weil wir ihnen keine Schuld nachweisen konnten. . . Würden wir so handeln, dann könnten die führenden Nazis zu Märtyrern werden und diese Tatsache könnte zu einem Wiederaufstieg des Nationalsozialismus beitragen. So aber legen wir der Weltöffentlichkeit Beweise vor und die ganze Welt kann beurteilen, wie weit wir an Hand dieser Beweise Gerechtigkeit walten lassen».

Der amerikanische Richter rechtfertigt im folgenden auch die einlässige Dokumentation gewisser Grausamkeiten, weil sonst «die furchtbaren Erfahrungen unserer Generation leicht vergessen oder nicht mehr geglaubt würden». Und er kommt zu der abschließenden Gesamtfeststellung:

«Die Staatsmänner, die heute die Friedensverträge schreiben müssen, können die Lehre ziehen, weshalb viele der Verträge nutzlos waren und wie sie umgegangen worden sind. Militärs können in ihnen die Geheimgeschichte des Krieges lesen. Psychologen werden Anregungen finden für ihr Studium der Massenbewegungen und Juristen können verfolgen, wie Gesetz und Ordnung abgeschafft und Gerichtshöfe gebildet wurden, die nichts anderes waren als politische Instrumente.

Kurz, alle Freunde der Freiheit können aus diesem Prozeß lernen, wie die Freiheit verloren gehen kann, wie und durch welche Methoden die Nazipartei an die Macht gekommen ist und ihre diktatorische Gewalt über das deutsche Volk ausüben konnte».

Es mag angesichts der andauernd weiter bestehenden Differenzen zwischen den großen Mächten schließlich auch beachtenswert und in gewisser Hinsicht tröstlich erscheinen, daß Richter Jackson im Verlauf seiner Darstellung das Zusammenspiel der so verschieden gestalteten Kräfte des Gerichts mit folgenden anerkennenden Worten begleitet:

«Trotz der Verschiedenheit unserer juristischen Traditionen, unserer Kultur und unserer Interessen habe ich doch in der Arbeit mit meinen russischen, britischen und französischen Kollegen feststellen können, daß unsere Begriffe über das, was recht und unrecht, was gesellschaftsschädlich und gesellschaftsfördernd ist, nicht weit auseinandergehen. *In dieser fundamentalen Übereinstimmung sehe ich eine wirkliche Möglichkeit für die Verständigung zwischen der östlichen und der westlichen Welt».*

Angesichts der mangelnden Einigung der vier Hauptmächte über die wesentlichen Punkte der Weltpolitik wird man eine solche Auslegung schließlich auch dann begrüßen, wenn es sich um ein Gesichtsfeld handelt, das nicht in der vordersten Front der Probleme liegt.

Jedenfalls ist die Behandlung dieser *Hauptprobleme der Weltpolitik* in der Berichtsperiode nicht weiter gediehen, sodaß man sich immer mehr zweitrangiger Aushilfen bedienen muß. Man hat also die wichtigsten Fragen vorerst verschoben, um besseres internationales Wetter abzuwarten. Wir fürchten aber, daß die Hoffnung trügerisch sei; eine wirkliche Verständigung wird sich wohl erst dann finden lassen, wenn man sich einmal resolut und illusionslos zu der *Aufstellung und Abgrenzung von Einflußzonen* entschließt.

Von Einzelereignissen wären zu registrieren einmal die Stationierung des *Großmufti* in Ägypten, die ausgedehnten Reisen des Feldmarschalls Montgomery nach dem Nahen Osten und nach Indien, die Ernennung des *Marschalls Timoschenko* zum Gesandten Rußlands beim Negus von *Abessinien*, verbunden mit einer massiven Infiltration vorerst kulturellen Charakters, die Klage Indiens gegen Südafrika vor der UNO, die andauernden *Schwierigkeiten der indischen Probleme* selbst — alles Merkmale, welche auf die schwierige Lage Großbritanniens hinweisen. Hier bedeutet freilich eine Erleichterung die Zuspreehung der Inseln des *Dodekanes an Griechenland*, dann aber — und als wesentlicher Faktor — auf dem inneren Felde Englands die scharfe Absage des *Labour-Kongresses von Bournemouth* an die Adresse der Kommunisten.

So geht die Entwicklung der Weltpolitik auf allen Feldern weiter ihren Weg.
Zürich, den 1. Juli 1946. Jann v. Sprecher.

Römischer Brief

Eindrücke von den italienischen Wahlen

Will man eine politische Analyse dieser Wahlen durchführen, muß man mit einer Feststellung beginnen, welche vom Urnergebnis absieht: dem demokratischen Geist der Wahlen, sowohl auf der Seite der Regierung wie des Volkes. Dem strengen und gerechten Sinn, der den ganzen administrativen Kontrollapparat inspirierte, entsprachen in würdiger Weise Bürgersinn und Verantwortungsbewußtsein der Wähler. Der Zustrom zu den Urnen war sehr stark, ohne Zweifel größer als durchschnittlich in Staaten mit demokratischer Tradition. Die Wahlbeteiligung betrug 89 %. In einigen Orten Norditaliens wurden sogar 98 % erreicht. Die italienischen Frauen, die zum ersten Mal in der Geschichte vom Stimmrecht Gebrauch machten, erwiesen sich, hinsichtlich Ernst und Verantwortungsgefühl, den Männern nicht unterlegen. Auf der ganzen Halbinsel störte nicht der geringste Zwischenfall die geordnete Abwicklung der Wahlen. Die öffentliche Ordnung war überall tadellos. Und dies wohlgemerkt bei den ersten politischen Wahlen nach 20 Jahren Faschismus, nach einer scharfen und feurigen Wahlkampagne, bei Wahlen von grundlegender Wichtigkeit, bei denen die verschiedenen Thesen — besonders diejenigen, die sich auf die Regierungsform bezogen — von jedem Wähler tief empfunden wurden.

Untersuchen wir die Ergebnisse des Regierungsreferendums. Die Urnen ergaben rund 12 718 000 Stimmen für die Republik und 10 719 000 für die Monarchie. Die republikanische Lösung behauptete sich also mit einem Mehr von rund 1 999 000 Stimmen. Die Monarchie registrierte eine Minderheit von 45,73 % gegenüber einer republikanischen Mehrheit von 54,27 %.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen könnte man annehmen, die Republik sei ein schwächliches Gebilde und die knappe Mehrheit sei zu klein, um der neuen Regierung Stabilität zu verleihen. Diese Besorgnis fällt bei genauerer Prüfung der politischen Lage dahin. Die Republik ist, trotz ihrer knappen Mehrheit, kräftig, und so beschaffen, die politische Ordnung im Lande aufrechtzuhalten.

1. Der republikanische Teil umfaßt die politisch lebendigeren Strömungen des Landes, sei es aus der Linken (Sozialisten, Kommunisten, Linksdemokraten), sei es aus der Rechten und dem Zentrum (Katholiken, Liberal-Radikale). Der aktive und militante Antifaschismus ist republikanisch; die Mitglieder der Widerstandsbewegung sind Republikaner. Die Republik hat die vitalsten Energien auf ihrer Seite, den intelligenteren Teil der neuen führenden Klasse, einen großen Teil der Intellektuellen, alle Italiener, die den Faschismus bekämpften, Kerker und Verbannung auf sich nahmen und sich am Schluß am erbitterten Kampf gegen Deutsche und Faschisten beteiligten.

2. Die Monarchie fand ihre kräftigste Stütze hauptsächlich bei folgenden Kategorien: a) alle Exfaschisten, die unter dem verflorenen Regime Ehren und Vorrechte genossen (nur den einwandfrei festgestellten Schuldigen wurde das Stimmrecht entzogen) und im allgemeinen alle diejenigen, welche noch Sehnsucht nach der nationalistischen Jagd Mussolinis verspüren; b) der politisch weniger klarsehende Teil des agraren und industriellen Großkapitals und der Hochfinanz; c) ein Teil des italienischen Adels, der z. T. nicht mehr die moralischen und kulturellen Tugenden aufweist, welche einst seine politisch-soziale Funktion rechtfertigten. Mit einer geschickten Propaganda haben diese drei Kategorien die Stimmen des politisch unreiferen Teiles der Wählerschaft zu Gunsten der Monarchie zusammenraffen können. In besonderer Weise wirkte die monarchistische Propaganda auf die heimkehrenden Kriegsgefangenen, welche in beträchtlicher Anzahl während langer Jahre den Tragödien des italienischen Lebens ferngestanden waren. Das Grundthema der monarchistischen Propaganda war das der «kommunistischen Gefahr», wodurch die Republik zwangsläufig dem künftigen Sieg des Kommunismus in Italien gleichgesetzt wurde. Obwohl dieses Leitmotiv die Gemüter weniger beeinflusste als beim Aufstieg des Faschismus, so ist doch nicht zu leugnen, daß eine große Zahl monarchistischer Stimmen auf eine Art Panik vor der Republik zurückzuführen ist. Man könnte hinzufügen, daß der Monarchie zahlreiche Stimmen durch einen Großteil des Klerus zugeführt wurden, der die Entscheidung der religiösen Orden und der alten, frommen Wählerinnen bestimmte, und dies nicht immer im Einklang mit der Politik der katholischen Partei. Man sieht also, daß viele Stimmen der Monarchie auf unspontane Weise zueilten und daß sich diese politischen Positionen auf die Dauer kaum bewähren werden.

3. Die republikanische Strömung hat sich im Norden Italiens durchgesetzt, die monarchische im Süden. Für die Republik haben sich ausgesprochen: Piemont, Ligurien, Lombardei, Tridentinisch-Venetien und Venetien, Emilia, Toskana, Marken und Umbrien, ungefähr bis zur Mitte des Stiefels, mit einer mittleren Mehrheit von 70 %. Für die Monarchie haben sich ausgesprochen: Latium, Abruzzen, Kampanien, Apulien, Lukanien, Kalabrien, Sizilien und Sardinien mit einem mittleren Mehr von 62 %. Der republikanische Sieg wurde hauptsächlich durch die größere Bevölkerungsdichte des Nordens bestimmt. Darüber hinaus ist Norditalien zweifellos der politisch entwickeltere Teil des Landes. Die politische Richtung kam immer vom Norden. In Mailand begann der Faschismus. In Mailand begann die demokratische Revolution. Mailand war das Hauptquartier der antifaschistischen Verschwörung und der Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren behauptete sich der Faschismus im Norden, während der Süden nur langsam verseucht wurde. *Heute ist der Norden geheilt, der Süden noch Rekonvaleszent.* Es ist zu hoffen, daß der Süden in den kommenden Jahren dem übrigen Lande auf dem Wege zur Demokratie und Republik folgen wird.

Betrachten wir nun die Wahlen der Abgeordneten der Konstituante. Hier die Urnenresultate:

	Stimmzahlen	Prozente der Parteistimmen
Christlich-Demokraten	8 830 208	35,2
Sozialisten	4 744 749	20,7
Kommunisten	4 342 722	18,9
Nationaldemokratische Union	1 559 417	6,8
Uomo qualunque	1 209 918	5,3
Republikanische Partei	997 690	4,3
Freiheitsblock (Monarchisten)	630 493	2,8
Aktionspartei	353 758	1,5
Etwas mehr als eine Million Stimmen entfallen auf eine Anzahl kleinerer Parteien.		

Ein Blick auf diese Wahlergebnisse und das prozentuale Verhältnis der Stimmen genügt, um sich über eine wichtige Tatsache klar zu werden: die frappante Analogie mit den in den übrigen Ländern Westeuropas stattgefundenen Nachkriegswahlen. Die Analogie mit den Wahlen in Frankreich, Belgien, Österreich und Holland ist augenfällig. Dies sollte dartun, daß das italienische Volk schon bei seiner ersten, spontanen demokratischen Meinungsäußerung im Einklang mit den allgemeinen westeuropäischen Tendenzen stand und sich mit größter Selbstverständlichkeit in den gegenwärtigen politischen Rahmen eingliedert hat. Es könnte als Anzeichen zweier Tatsachen gedeutet werden: als Zeichen der Reife, und als Beweis dafür, wie wenig die faschistische Krankheit in die italienische Seele eingedrungen war. Hätte der Faschismus die Grundlagen des italienischen Volkes tiefgreifender verwirrt, so wären bei diesen ersten Wahlen nach 25jähriger Diktatur zweifellos Merkmale der Zersetzung sichtbar geworden. Der militante Antifaschismus hat oft die These vertreten, Italien und der Faschismus seien nicht dasselbe. Die jetzigen Wahlen beweisen, daß das mehr als eine leere propagandistische Formel war.

Im einzelnen drängen diese Wahlen folgende Beobachtungen auf:

1. Die großen Massenparteien (Katholiken, Sozialisten, Kommunisten), welche allein 75 % der politischen Bühne beherrschen, haben sich klar behauptet. Diese Tatsache ist vielleicht in Bezug auf das künftige Schicksal der Demokratie im kontinentalen Europa ein Grund zum Optimismus, weil die außerordentliche politische Zersplitterung so oft die Ursache demokratischer Krisen war.

2. Zwischen den Rechts- und Linkskräften besteht ein gesundes Gleichgewicht.

3. Die Niederlage des unter der demokratischen Maske des Uomo Qualunque getarnten Faschismus ist vollständig. Im allgemeinen kann man dessen Schicksal in folgende Punkte zusammenfassen: a) die Hauptverantwortlichen sind gerichtet und verurteilt worden; man hat ihnen das Stimmrecht entzogen; b) diejenigen, welche wegen geringerer Verantwortung nicht zu Gericht gezogen wurden, haben mit der Bewegung des Uomo Qualunque eine Masseninfiltration in die demokratischen Reihen versucht. Ihre Propaganda war hartnäckig und geschickt, obwohl ihr Hauptinstrument in der Ausnützung der Unzufriedenheit bestand. Die italienische Wählerschaft hat sie in würdiger Weise zurückgewiesen.

4. Der alte italienische Liberalismus, der zum politischen Lager eines platten Konservatismus geworden ist, erlitt eine schwere Niederlage. Berühmte Namen wie Croce, Orlando, Nitti und Bonomi genügten nicht, um den Konservativen mehr als 9,5 % der Stimmen zu sichern.

5. Das vielleicht wichtigste Element ist die mächtige Behauptung der Katholiken, welche naturgemäß in Italien eine stärkere Position erringen konnten, als in den übrigen westlichen Demokratien. Die christlich-demokratische Partei, welche einen beträchtlichen Grundstock von Arbeitern und Bauern besitzt, stellt heute die große konservative Partei Italiens dar, von einem Konservatismus, dem der politische, kulturelle und soziale Fortschritt nicht fremd ist.

6. Ferner ist — und dies ist eine wesentliche Tatsache — die Niederlage der linksdemokratischen Positionen nichtmarxistischen Charakters festzustellen, der Liberalen, Radikalen, Republikaner, Mazzinianer, d. h. der reinen Demokratie im amerikanischen Sinn. Die Niederlage dieser so nützlichen und schöpferischen Kräfte — eine allen demokratischen Ländern Europas gemeinsame Erscheinung — kann nicht als endgültig gewertet werden. Das Problem ist stark umstritten und viele prophezeien — andere wünschen sie — die Wiedergeburt dieser Kräfte. Die Wahlen der kommenden Jahre werden ihr Schicksal bestimmen.

7. Endlich haben sich die marxistischen Parteien behauptet. Die Wahlen ergaben ein schwaches Mehr der Sozialisten, entsprechend der zunehmenden politischen Reife der italienischen Arbeitermassen. Die große Stimmenzahl der Kommunisten ist zweifellos auf den Heldenmut und die erlittenen Opfer dieser Partei im Kampfe

gegen die Nazi und Faschisten zurückzuführen. Die sozialistische Partei bereitet sich ihrerseits auf die großen Aufgaben im kommenden demokratischen Staatsleben Italiens vor, dessen Thermometer sie wahrscheinlich sein wird. Der Kampf zwischen Katholiken und Sozialisten kündigt sich als äußerst spannend an.

8. Wie im übrigen Europa, so sind auch in Italien Sozialisten und Christen die Hauptspieler der politischen Schlacht von Morgen — Gegenspieler, denen die schwere Aufgabe zufällt, die politische Formel zu finden, welche der Weltdemokratie des 20. Jahrhunderts eine solide Grundlage sichert. Diese Formel muß zweifellos aus dem Lebendigen und Ewigen der liberalen, christlichen und sozialen Ideale hervorgehen. Wie sich Religion und Freiheit und soziale Gerechtigkeit vertragen sollen, stellt sich diesen Parteien als Kernproblem. Viele denken nicht zu Unrecht, der politische Großkampf zwischen diesen Kräften würde weniger scharf und schöpferischer ausfallen, wenn zwischen beiden eine Mittlerin stände in Form einer reinen Demokratie liberal-radikalen Charakters. Dieser Auffassung kann man vernünftigerweise nicht entgegentreten; eine künftige stärkere Behauptung der rein demokratischen Parteien scheint höchst wünschenswert.

Die vergangenen Wahlen sind ein sicheres Zeichen dafür, daß in diesem großen politischen und moralischen Aufbauwerk Europas Italien mit seinem Teil bereits begonnen hat. Das italienische Volk ist sich heute bewußt, einen beachtenswerten Beweis von Demokratie und Kultur geliefert zu haben, der vielleicht mehr bedeutet als Beweise anderer Länder, von denen man mehr erwarten durfte. Dieses Bewußtsein stärkt das Selbstvertrauen der Italiener und trägt dazu bei, die guten Vorsätze für die Zukunft immer mehr zu festigen. Das alte Lied von der politischen Unreife des italienischen Volkes, welches man in spekulativer Weise ausgeschlachtet hat, ist noch allen gegenwärtig. Aber der lebendigste Teil des Landes, heute die Mehrheit, die Demokraten und Republikaner, denken, daß die Reife sich nur durch die ständige Ausübung der Freiheit erwerben läßt. Das italienische Volk hat von der ersten Probe an bewiesen, daß es diese Freiheit handhaben kann. Es gibt auch heute noch einige wenige, welche die Unreife der Italiener für ein demokratisches Leben und eine republikanische Staatsform betonen: es sind diejenigen, welche die Demokratie nicht lieben. Dies haben diese Wahlen zur Genüge beleuchtet. Die Ausländer, die Italien besuchen, sollten sich diese Tatsache stets vor Augen halten.

Rom, im Juni 1946.

J. E.

Schweizerische Umschau

Zur Basler Abstimmung über das Frauenstimmrecht

Es kam nicht von ungefähr, daß die Freunde und die Gegner des Frauenstimmrechtes auf die Abstimmung zu Basel vom 16. Juni 1946 hin Plakate von verschiedener Werbekraft zeigten. Die Freunde verbanden eine Reihe Männer durch eine Bureauklammer mit einer Reihe von Frauen und schrieben dazu: «Gleiche Pflichten — Gleiche Rechte!». Die Gegner ließen einen riesigen «Nuggizapfen» anschlagen, auf dem eine Fliege spazieren ging, und die Worte «Frauenstimmrecht: Nein!» leiteten zum Schlusse auf die Ansicht über, daß mit dem Frauenstimmrecht eine Vernachlässigung der häuslichen Pflichten drohe. Daneben sah man von gegnerischer Seite ein in Tränen zerfließendes Kind; das schrie: «Wo ist die Mutter?» und zur Antwort erhielt: «Sie ging stimmen». So appellierten die Freunde an den Verstand, die Gegner aber an das Gefühl. Weil dem so war, hatten die Freunde keinerlei Möglichkeit, mit ihrem Plakate etwas ins Lächerliche oder ins Bedrohliche zu ziehen, am wenigsten das Gefühl, das sie schlagen wollten; im Gegenteil mußten sie gedanklich etwas konstruieren (gleich wie sie Gleichheit und Gerechtigkeit konstruieren) und sie hätten als Symbol dieser Konstruktion wohl keinen treffenderen Gegen-

stand wählen können als die maschinell aus Draht geformte, lebensfremde Bureauklammer. Überdies zeigten sie auch noch die Menschen so, wie sie in Wirklichkeit just nicht vorkommen, nämlich als das eine Geschlecht, welches in einer Reihe dem anderen Geschlechte gegenübersteht, womit sie abermals den rein verstandesmäßig konstruktiven Gedanken des Frauenstimmrechtes betonten. Selbst Freunde der Neuerung haben denn auch dieses Plakat als «wenig überzeugend» bezeichnet («Volksstimme»), doch muß man gerechterweise anerkennen, daß sich die Sache des Frauenstimmrechtes — und das scheint mir bedeutsam zu sein — gar nicht besser darstellen ließ, als die Basler Freunde es getan haben. Gegnerischerseits appellierte man mit dem «Nuggizapfen» und mit dem mütterlosen schluchzenden Kinde an das Gefühl, genauer gesagt an das jedem Menschen innewohnende Gefühl für die Berufung der Frau zur Mutter, die im Hause Ordnung hält, alle schwachen Glieder der Familie stützt und den Nachwuchs betreut. Man wollte offenbar mit diesen Bildern aber auch jene Frau bloßstellen, welche ihren ureigenen Wirkungskreis verläßt, indem sie Männerangelegenheiten wie die Handhabung der öffentlichen Gewalt unternimmt. Von der Basis dieser natürlichen Gefühle und der alten Tradition aus konnten die Plakate der Gegnerschaft auf unmittelbares Verständnis rechnen, und es ist denn auch von den Befürwortern zugegeben worden, daß der Kampf auf der Gegenseite «wirkungsvoller» geführt worden sei. Im Unterschied zu den Befürwortern standen allerdings den Gegnern mannigfaltige bildliche Möglichkeiten zur Verfügung, neben feinen Andeutungen auch grobschlächlige Darstellungen, doch haben sie offenbar mit dem «Nuggizapfen» und mit dem schluchzenden Kinde in der Propaganda sehr Maß gehalten.

Diese Feststellungen können bereits einiges Licht auf die Sache selbst werfen und zur Deutung des Abstimmungsresultates beitragen. Bevor wir indessen auf die Deutung eintreten, muß der Vollständigkeit halber das Resultat rekapituliert werden: Die Abstimmung ergab bei einer Stimmbeteiligung von 59 Prozenten für das Frauenstimmrecht 11 709 Ja und dagegen 19 892 Nein, und zwar wurde besonders vermerkt, daß alle Wahllokale, selbst diejenigen in Arbeiterquartieren, meist starke verwerfende Mehrheiten aufbrachten. Zum Vergleiche sei angeführt, daß in der ersten Abstimmung vom Jahre 1920 einander 6711 Ja und 12 455 Nein gegenüberstanden, und daß in der zweiten vom Jahre 1927 sogar 14 917 Nein gegenüber 6152 Ja gezählt wurden. Von Interesse mag ferner sein, daß sich fast alle Parteien für die Vorlage aussprachen, nämlich die Partei der Arbeit, die Sozialdemokraten, die Radikalen und die Unabhängigen. Als Gegner bekannten sich nur die Liberalen, während die katholischen Christlich-Sozialen auf eine Parole verzichteten. In Anbetracht der Tatsache, daß es sich hier um einen stark links gerichteten Stadtkanton handelte, erwarteten die Befürworter nicht ohne Grund einen für das Frauenstimmrecht überhaupt bahnbrechenden Entscheid, denn die Verhältnisse lagen in Basel allseitig anerkanntermaßen so günstig wie sonst nirgends. Dieses Resultat hat nun zu allerlei Deutungen Anlaß gegeben, zu Deutungen mit Bezug auf die weltanschauliche und politische Art der Stimmberechtigten, über ihre Stellung zu den Frauen, über den Unterschied des schweizerischen vom ausländischen Stimmrechte, über die weitere Zukunft des Frauenstimmrechtes, und davon soll nun im Folgenden die Rede sein.

Wie schon aus den Plakaten hervorging, stehen sich in der Frage des Frauenstimmrechtes eine verstandesmäßige und eine gefühlsmäßige Volksschicht gegenüber. Interessant ist ihre Zusammensetzung, welche sich ziemlich genau bestimmen läßt. Die verstandesmäßige Schicht wird gebildet von den Parlamentariern, die mit neuer Anhängerschaft liebäugeln, von den Zeitungsredaktoren, die fortschrittlich sein und es mit den befürwortenden Frauen nicht verderben wollen, von einer kämpferischen Schar akademisch gebildeter und vorwiegend lediger Frauen, sowie von Männern und Frauen, welche sich aus Gründen rein politischer oder wirtschaftlicher oder intellektueller Erwägungen oder aus Mangel an genügendem Lebensinhalt der Stimmrechtsbewegung angeschlossen haben. Die andere, gefühlsmäßige Schicht

faßt in sich zusammen die Mehrheit allen Parteivolkes, auch der links stehenden Parteien, welche als Leute freier Berufe, als Gewerbetreibende, als Angestellte und als Arbeiter von der Frau etwas anderes erwarten als politische Betätigung, der sie selbst nach ihrer Meinung genügsam obliegen; ferner fast alle nicht in Parteien organisierten Leute, und die große Mehrzahl der Hausfrauen sowie vermutlich die junge Frauengeneration. Dabei sind die Angehörigen der verstandesmäßigen Schicht — was nicht verwunderlich ist — zumeist in den Städten, die Angehörigen der gefühlsmäßigen Schicht mehr auf dem Lande heimisch. Auf den kürzesten Nenner gebracht, stehen sich also zwei Lebensanschauungen gegenüber: die rationalistisch-technische auf der einen Seite und die organisch-natürliche auf der anderen Seite, und das erklärt auch die teilweise große Heftigkeit des Kampfes. Wenn wir dabei viele führende Kirchenleute bei den Freunden und das Kirchenvolk vorab bei den Gegnern antreffen, dann läßt sich diese paradoxe Tatsache dadurch erklären, daß die führenden Kirchenleute eben dazu neigen, stets dem tatsächlich oder vermeintlich Schwachen beizustehen und nun über den lauten Wehklagen der Stimmrechts-Befürworterinnen sogar die organische Ordnung der Schöpfung mißachten, indem sie hienieden «das Reich Gottes» wollen zur Wirklichkeit werden lassen.

Es liegt nun auf der Hand, daß die baslerische Ablehnung des Frauenstimmrechtes von den Befürwortern als bedenkliches Zeichen rückständiger Gesinnung ausgelegt wurde. Wir greifen hier nur drei Gesichtspunkte heraus. Der «Landbote» wußte zu schreiben: «Vor allem aber scheint es uns, daß die Ablehnung dem Grundgedanken der Demokratie widerspricht. Wir betonen doch stets, das Wesen der Demokratie bestehe gerade darin, daß sie auch die Rechte der Minderheiten achte». Eine solche Argumentation könnte uns kühl lassen, wenn sie sich nicht immer wiederholte. Unter einer Minderheit verstand die demokratische Staatslehre bislang Volksgruppen mit politischer, wirtschaftlicher, kultureller, sprachlicher und konfessioneller Eigenart, und nun wird zu unserem Erstaunen auch noch eine geschlechtliche Minderheit konstruiert, eine unechte Minderheit jedenfalls, weil sie nicht eine ganze, aus Familien bestehende Volksgruppe umfaßt, sondern nur willkürlich herausgegriffene Teile ohne wirklich selbständige Interessen. Wer nicht die Absicht hat, den organischen Aufbau des Volkes noch ganz zu zerreißen, kann nicht so argumentieren. Ein zweiter Gesichtspunkt geht aus dem Satze des «Tagesanzeigers» hervor: «Hier hatte eine Mehrzahl von Männern überhaupt kein Verständnis für das Streben der Frauen nach der politischen Gleichberechtigung». Die damit vertretene These, daß die Rechtsgleichheit auch für die Geschlechter in politischer Hinsicht gelte — der Schriftsteller Felix Möschlin verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Gleichberechtigung sei «der letzte Schritt zur Verwirklichung der Demokratie» — ist zum mindesten eine ganz neue Erfindung. Man konsultiere die staatsrechtlichen Theoretiker der Vergangenheit! Nirgends wird man auch nur eine Andeutung dafür finden, daß die Demokratie die Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordere. Stillschweigend verstand man unter Demokratie einen Staat mit Männer- oder noch besser gesagt, mit Väterherrschaft. Nach alter, nie angezweifelter Tradition und nach dem Instinkt wurde das politische Herrschen, die Handhabung der äußeren Gewalt von allen Seiten, auch von den Frauen, den Männern zuerkannt, und zwar gemäß der organischen Gliederung der Fähigkeiten der Volksglieder. So hat man gerade aus unendlicher Erfahrung heraus die Frauen kraft der Besonderheiten ihres Geschlechtes und ihrer Aufgaben nicht den Männern gleichgestellt. Als dritten Hauptgesichtspunkt der Befürworter bei der Deutung der Ablehnung möchten wir Sätze anführen wie: «Es wird sich immer wieder, wie diesmal, eine Mehrheit von Männern finden lassen, die durch das Nein ihre ganz persönlichen Ressentiments abreagieren» («Nationalzeitung»). «Schließlich triumphiert in solchen Fragen immer der Egoismus des Einzelnen über die staatspolitische Einsicht und Vernunft. Auch gestern hat der Pascha-standpunkt des Mannes gesiegt» («Arbeiter-Zeitung», Basel). Der «Vorwärts» endlich gar brandmarkte die Ablehnung als einen Sieg der «Dummheit». Solche Sprüche

und Deutungen erscheinen zum mindesten als oberflächlich, und sie vereinfachen offenbar die Sachlage in selbsttrügerischer Weise, wenn sie glauben, es gelte einfach einige männliche Verstimmungen und ein bißchen Herrschsucht aus dem Wege zu räumen, um das Frauenstimmrecht einführen zu können. Schon die bloße Tatsache, daß auch die große Mehrheit der Frauen gegen das Stimmrecht eingestellt ist, sollte davor warnen, die Argumente der Gegner so leicht zu nehmen.

Eine positive Würdigung des Abstimmungsergebnisses muß man in dem Blätterwald unserer Zeitungen fast mit der Laterne suchen: ein Hang zur Courtoisie gegenüber den Befürworterinnen, die vor den Redaktionsstuben fälschlich «im Namen der Frauen» manifestieren, und das Bedenken, sich sonst als politisch rückständig zu erweisen, verbieten es manchen Schriftleitern, die gegen das Frauenstimmrecht eingestellt sind, ihre Meinung offen herauszusagen. So beschränkte sich der weitverbreitete Artikel einer Agentur auf die Feststellung, daß «der Basler Entscheid für die politische Einheit der Schweiz nur positiv zu werten» sei, weil sonst die Frauen in den einen Kantonen das Stimmrecht erhalten hätten, in den anderen nicht, und außerdem wolle man in der Schweiz mit dem Frauenstimmrecht keine Experimente machen. Wir müssen darum versuchen, selber die positiven Momente der Ablehnung herauszustellen: Das Volk hat sich offenbar dafür ausgesprochen, daß der Mann weiterhin seiner organischen Aufgabe des politischen Herrschens und die Frau weiterhin ihrer organischen Aufgabe des Haushaltens lebe; bei dieser Arbeitsteilung soll es bleiben, weil man damit gute Erfahrungen gemacht hat. Das Ergebnis deutet auch darauf hin, daß die Männer weiterhin die Verantwortung für Staat und Volk tragen wollen; sie sind offenbar der Ansicht, daß die Mitbeteiligung der Frauen an der politischen Verantwortung zur Folge hätte, daß sich fortan zum Schaden des Staates weder Männer noch Frauen wirklich verantwortlich fühlten. Schließlich sind die Männer auch für einen möglichst übersichtlichen Staatsapparat eingestanden aus der Erwägung heraus, daß das Frauenstimmrecht die Bildung des Staatswillens äußerst schwerfällig machen würde. (Die Einsicht, daß diese Schwerfälligkeit unzweifelhaft einen Abbau an direkter Demokratie und eine Vermehrung bloßer repräsentativer Demokratie zur Folge hätte — nach dem Beispiel anderer Länder mit Frauenstimmrecht — muß noch hinzukommen.)

Wie stehen nun nach dem Basler Entscheide die Aussichten des Frauenstimmrechtes in der Zukunft? Darüber, daß die Kommentare der Befürworter auf den Ton etwa der «Tat» abgestimmt sind: «Die Frage der Gleichberechtigung der Schweizer Frau ist lebendiger als je», wird man sich nicht wundern. Aber mit wenigen Ausnahmen geben auch die Pressestimmen der Gegner — man vergegenwärtige sich, daß das wirklich bloß Pressestimmen sind! — dem Frauenstimmrecht eine mehr oder weniger große Chance in der Zukunft, indem sie von teilweiser oder schrittweiser Einführung reden. Man darf deshalb nicht meinen, die Angelegenheit komme wegen des Basler Entscheides zur Ruhe. Aber man darf auch nicht den trefflichen Satz vergessen, den die «Gazette de Lausanne» dazu schrieb: «La véritable opinion publique n'est pas celle qui s'agite, mais celle qui se tait». Es kommt nun darauf an, ob die Gegner des Frauenstimmrechtes und insbesondere die gegnerischen Frauen ihre Anschauung von Leben und Politik so kraftvoll erhalten können, wie sie es in unserem Volk stillschweigend bis jetzt war, so daß das Frauenstimmrecht in jeder Form wirklich als das sich erweist, als was es die Vorkämpferin der Gegenbewegung, Frau Dora Wipf in Bülach, bezeichnete: als ein gewesenes «Vorkriegsideal».

Bülach, am 2. Juli 1946.

Walter Hildebrandt.